

N i e d e r s c h r i f t

BAU/015/2016

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Bauausschusses der Stadt Rheine
am 14.04.2016**

Die heutige Sitzung des Bauausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied / Vorsitzender
------------------------	-----	-----------------------------

Mitglieder:

Herr Christian Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Martin Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Antonio Berardis	SPD	Ratsmitglied
Herr Hendrik Börger	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger
Herr Paul Hartmann	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Dennis Kahle	CDU	Ratsmitglied
Herr Peter Kölker	SPD	Sachkundiger Bürger
Herr Dr. Manfred Konietzko	CDU	Ratsmitglied / 1. Stellv. Vorsitzender
Herr Fabian Lenz	CDU	Ratsmitglied
Herr Kurt Radau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Mirko Remke	CDU	Ratsmitglied / 2. Stellv. Vorsitzender
Herr Heribert Röder	DIE LINKE	Ratsmitglied
Frau Anna-Lena Scheinig	SPD	Sachkundige Bürgerin
Herr Joachim Siegler	Alternative für Rheine	Sachkundiger Bürger
Herr Werner Wenker	CDU	Sachkundiger Bürger

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Werner Bela		Sachkundiger Einwohner f. Seniorenbeirat
Herr Claus Meier		Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung

Vertreter:

Herr Gerhard Cosse	SPD	Vertretung für Herrn Detlef Weßling
Herr Johannes Willems	FDP	Vertretung für Herrn Alfred Holtel
Frau Helena Wirt		Vertretung für Herrn Ahmad Hammudeh

Verwaltung:

Herr Dr. Jochen Vennekötter		Fachbereichsleiter FB 5
Frau Claudia Kurzinsky		Produktverantwortliche Hochbau
Frau Cornelia Bauer		Mitarbeiterin Hochbau
Herr Hans-Jürgen Gawollek		Produktverantwortlicher Straße/Grün
Herr Martin Forstmann		Mitarbeiter der TBR
Herr Thomas Roling		Mitarbeiter der TBR
Herr Josef Lucas		Vorstand der TBR
Frau Andrea Mischok		Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Matthias Berlekamp	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Herr Detlef Weßling	SPD	Ratsmitglied

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Ahmad Hammudeh		Sachkundiger Einwohner f. Integrationsrat
---------------------	--	--

Verwaltung:

Frau Christine Karasch

Beigeordnete

Herr Brauer eröffnet die heutige Sitzung des Bauausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Er teilt mit, dass sich Frau Karasch krankheitsbedingt entschuldigen lasse.

Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Zur Tagesordnung -öffentlicher Teil- werden keine Änderungs- oder Ergänzungsvorschläge vorgebracht. Diese ist somit genehmigt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung am 17.03.2016

00:01:11

Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Niederschrift werden nicht vorgetragen. Diese ist somit genehmigt.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 17.03.2016 gefassten Beschlüsse

00:01:20

Herr Dr. Vennekötter trägt nachfolgenden Bericht der Verwaltung auszugsweise vor.

BERICHT DER VERWALTUNG AUS DER SITZUNG VOM 21.01.2016

TOP

ANTRAGSTELLER

ANLIEGEN

**1. TOP 2 Herr Berardis Verkehrssituation
ÖS für Radfahrer an der
Herr Dr. Vennekötter L 593**

Die Zuständigkeit für einen Umbau der Straße liegt beim Straßenbaulastträger, dem Landesbetrieb Straßen NRW –, sowohl innerhalb der Ortslage, als auch auf der freien Strecke. Das Thema Umgestaltung/Rückbau des Mehrzweckstreifens wird vom FB 5 in einem anstehenden Jahresgespräch mit dem Landesbetrieb Straßen NRW erörtert werden.

Stellungnahme:

Verkehrssituation für den Radverkehr an der L 593 (Umgestaltung/Rückbau Mehrzweckstreifen, vom Kreisverkehr Hemelter Straße entlang der Elter Straße durch Gellendorf in Richtung Elte)

-Bei der Sanierung der Elter Straße vor einigen Jahren ist kein Radweg oder markierter Radwegstreifen angelegt, sondern der Mehrzweckstreifen wiederhergestellt worden, der dementsprechend auch durch parkende Autos genutzt wird. Die Verkehrsführung für Radfahrer ist in diesem Abschnitt nicht optimal. Die Elter Straße ist in diesem Abschnitt mit Wirkung vom 01.01.2015 von einer Bundesstraße (B 475) zu einer Landesstraße (L 593) herabgestuft worden.

Die Stadt wird einen Antrag auf Bau eines Radweges an Straßen.NRW leiten.

2. TOP 2	Herr Weßling	Breitbandausbau
ÖS		Stand von Rheine
Herr Dr. Vennekötter		
Anfrage von Herrn Weßling im HFA -		

Stellungnahme

Breitbandausbaustand von Rheine

Die Versorgung mit hochbitratigen Breitbandanschlüssen ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Um den Ausbau auf kommunaler Ebene zu vereinfachen, hat die Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern und kommunalen Spitzenverbänden die NGA-Rahmenregelung erarbeitet, deren Ziel eine flächendeckende Breitbandversorgung mit mindestens 50 Mbit/s definiert. Mit dem Begriff NGA werden Zugangsnetze bezeichnet, welche die kupferbasierenden oder koaxialen Infrastrukturen teilweise ganz oder teilweise durch Glasfaserleitungen ersetzen, um Geschwindigkeiten von 50 Mbit/s und mehr im Downstream zu erreichen.

Lt. § 2 Abs. 2 der NGA-Rahmenleitlinie gelten als unterversorgt Gebiete, in denen aktuell keine NGA-Versorgung besteht und in den nächsten drei Jahren keine NGA-Netze entstehen werden (weiße NGA-Flecken). Gem. § 2 Abs. 3 der NGA-Rahmenleitlinie sollen im Rahmen der Fördermaßnahmen für mind. 75 % der Haushalte zuverlässig Bandbreiten möglichst von 50 Mbit/s und mehr, für 95 % mindestens jedoch 30 Mbit/s im Download gewährleistet werden.

Bund und Land sehen die **flächendeckende** Verfügbarkeit breitbandiger Netze mit einer Geschwindigkeit von mindestens 50 Mbit/s bis zum Jahr 2018 als **politisches Ziel**. Vor dem Hintergrund der jüngsten Fördermöglichkeiten aus dem Bundesförderprogramm „Förderung und Unterstützung des Breitbandausbaus in der BRD“ und Landesmitteln aus der Breitbandversorgung ländlicher Räume“ oder anderen verschiedenen Fördertöpfen zur Co-Finanzierung wurde seitens der

Verwaltung der Handlungsbedarf zum Thema „weiterer Breitbandausbau in Rheine“ untersucht.

Bei einem Tätigwerden aufgrund der Förderprogramme verbleibt ein kommunaler Eigenanteil in Höhe von 10 %, mit Ausnahme von Kommunen mit Haushaltssicherungskonzept, hier soll die Landesförderung auf 100 % der zuwendungsfähigen Kosten aufgestockt werden. Auch die 100 %-ige Förderung der Ausgaben für die Beauftragung von externen Planungs- und/oder Beratungsleistungen (max. 50.000 Euro), die zur Vorbereitung oder bei der Durchführung einer der möglichen Maßnahmen anfallen würden, wurden in den Blick genommen.

Bedarfsanalyse

Bis zum Jahresende 2015 ist für viele Haushalte in Rheine bereits schnelleres Internet ermöglicht worden. Hierfür hat die Deutsche Telekom AG das Glasfasernetz vorwiegend im Bereich rechts der Ems ausgebaut, während die RheiNet als Tochtergesellschaft für Telekommunikation der Stadtwerke für Rheine GmbH gemeinsam mit der EWE TEL GmbH und deren Regionalmarke osnatel vorwiegend links der Ems aktiv waren.

Die Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft Steinfurt mbH (WEST) ist aufgrund ihrer häufigen Einbindung in die Markterkundung und ihrer intensiven Datensammlung aktuell in der Lage anhand von GIS-basierten Daten den sehr konkreten Ausbaustand einzelner Kommunen zu benennen. Mitte Dezember 2015 wurde den Vertretern der Kommunen der allgemeine Stand und die Aktivitäten des Kreises Steinfurt, insbesondere das Ergebnis der Außenbereichs-Studie und Einblicke in die Markterkundung für den Kreis Steinfurt vorgestellt. Gemeinsam mit der EWG Rheine fand daraufhin ein detaillierterer Informationsaustausch mit der WEST statt. Inzwischen liegt nun eine genaue Analyse der Versorgungsdaten für Rheine durch die „WEST“ vor.

Lt. den ermittelten Zahlen der WEST werden von den 39.955 Anschlüssen in Rheine ca. 86 % mit mehr als 50 Mbit/s versorgt und ca. 91,8 % mit mehr als 30 Mbit/s. Filtern man im Weiteren den Nahbereich von Rheine heraus, der auch nicht Intention der Fördermaßnahmen ist, sind ca. 93,4 % der Anschlüsse in Rheine mit mehr als 50 Mbit/s versorgt und 96,6 % mit mehr als 30 Mbit/s.

Der Nahbereich ist ein Bereich, an dem der Markt, vor allem die Telekom, aus wirtschaftlichen Gründen über kurz oder lang noch tätig wird, um ihre Netze aufzurüsten. Dies geschieht u. a. durch Vectoring-Ausbau. Durch Vectoring werden die elektromagnetischen Störungen ausgeglichen, die es zwischen den Kupferleitungen auf dem Weg in die Haushalte gibt. Das ermöglicht Geschwindigkeiten von bis zu 100 Mbit/s. Die Technik dafür wird in den vorhandenen Kabelverzweigern installiert. Um die elektromagnetischen Störungen zwischen den Leitungen allerdings ausgleichen zu können, benötigt der Netzbetreiber die Kontrolle über sämtliche Leitungen, das bedeutet, dass andere Betreiber keine eigene Technik an den Kabelverzweigern installieren können.

Schaut man auf die Gesamtversorgung nach einem Vectoring Ausbau im Nahbereich, so wären lediglich ca. 6,6 % der Anschlüsse in Rheine mit weniger als 50 Mbit/s versorgt und nur noch 3,4 % mit weniger als 30 Mbit/s. Berücksichtigt man zudem, dass hiervon rd. 0,6 % Anschlüsse betroffen sind, die sich lediglich nur zu Erholungszwecken im Feriengebiet Bockholt in Elte aufhalten, reduziert sich der Prozentsatz der Anschlüsse mit geringer Versorgung unter 30 Mbit/s auf 2,8 %, bzw. unter 50 Mbit/s auf 6,0 %.

Bei der geringen Zahl der Anschlüsse, für die eine Förderung überhaupt in Frage kommt, handelt es sich zudem um zersiedelte Bereiche, in denen ggfs. nur ein Konzept der Funkversorgung weiterhelfen kann.

Mit solchen Versorgungsquoten stellt Rheine im Sinne der NGA-Richtlinie kein unterversorgtes Gebiet dar. Im Gegenteil, durch die Bemühungen aller Akteure in der Vergangenheit steht Rheine außerordentlich gut dar.

Handlungsbedarf für die Inanspruchnahme von Fördermitteln für Planungs- und Beratungsleistungen sowie weitere Fördermaßnahmen für einen flächendeckende Breitbandversorgung werden somit nicht gesehen.

Hilfreich ist die weitere Zusammenarbeit mit der WEST, um für die zersiedelten Gebiete sukzessive Abhilfe zu schaffen. Z. B. könnte für die wenigen unterversorgten Haushalte westlich von Hauenhorst und westlich von Wadelheim eine Lösung über die Kontaktaufnahme zu einem Funkanbieter hergestellt werden, der in Neuenkirchen auf dem Kalkwerk über eine Funkanlage verfügt.

Anmerkung außerhalb des Protokolls:

Die im Bauausschuss gezeigte Karte wurde seitens der „WEST“ zur weiteren Verwendung nicht freigegeben.

3. Informationen der Verwaltung

00:05:26

Interner Radverkehrsbeauftragter

Herr Dr. Vennekötter teilt mit, dass Herrn Löcke die Aufgabe des internen Radverkehrsbeauftragten übernehmen werde. Herr Löcke ist ein erfahrener Mitarbeiter im Bereich der Verkehrsplanung. Das Thema Radverkehr habe er schon immer betreut und sei zudem Mitglied im Arbeitskreis Verkehr.

4. Eingaben

00:06:12

Es liegen der Verwaltung keine Eingaben vor.

5. Euregio-Gesamtschule Erweiterung Vorstellung der Entwurfsplanung Vorlage: 124/16

00:06:20

Herr Brauer begrüßt Herrn Dr. Terhechte, der zur Vorstellung der Entwurfsplanung erschienen ist.

Vorab erklärt Herr Dr. Vennekötter, dass die Entwurfsplanung dem Schulausschuss am Dienstag vorgestellt worden sei. Im Schulausschuss sei noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen worden, dass der Bedarf aktuell bestehe.

Herr Dr. Terhechte stellt anhand einer Präsentation die Einzelheiten der Entwurfsplanung zur Erweiterung der Euregio Gesamtschule vor und erläutert den Anbau von 6 Klassenräumen am einachsigen Riegel des Gebäudeteils A. Nach der Präsentation stellt Herr Brauer die Ausführungen zur Diskussion.

Herr Martin Beckmann erklärt, dass er die geplante Lüftungsanlage sehr positiv sehe, damit der CO²-Gehalt in den Klassenräumen gesenkt werden könne. Er möchte wissen, welche Farbe für den Verblender vorgesehen sei und ob der Raffstore für den Sonnenschutz anfällig für Vandalismus sein könnten. Bezüglich der 68.000,00 Euro für die Außenanlagen möchte er wissen, ob es hierfür konkrete Angebote gebe oder wie sich der Betrag zusammensetze.

Herr Dr. Terhechte erklärt, dass sich der Verblender anpassen und farblich in die Richtung eines vorhandenen Verblenders an der Schule gehen werde. Was den Sonnenschutz betreffe, werde dieser, wenn er nicht gebraucht werde, in einen Kasten zurückfahren und sei somit vor Vandalismus geschützt.

Frau Kurzinsky erklärt, dass die 68.000,00 Euro aus der Kostenschätzung stammen. Man habe hier ein relativ kleines Grundstück, auf dem zur Goebenstraße hin die Außenanlage bearbeitet werden müsse.

Herr Cosse möchte wissen, ob es hier Einsatzmöglichkeiten für eine Photovoltaikanlagen gebe.

Herr Dr. Terhechte erklärt, dass es die Möglichkeit grundsätzlich immer gebe.

Herr Cosse weist darauf hin, dass der Antrag der SPD-Fraktion immer noch stehe, an allen öffentlichen Gebäuden zu prüfen, ob der Einsatz regenerativer Energien möglich sei. Weiter möchte er wissen, ob es Erfahrungswerte bezüglich der geplanten Lüftungsgeräte zur CO² Vermeidung bei der Stadt Rheine gebe.

Herr Dr. Terhechte erklärt, dass diese Lüftungsanlagen allgemein in Schulbauten häufig eingesetzt werden und auch technisch ausgereift seien.

Frau Kurzinsky erklärt, dass bei dem Anbau nur eine kleine Flachdachfläche neu entstehe und die vorhandenen Dächer mit dieser Maßnahme nicht angetastet würde. Daher wird von einer Photovoltaikanlage abgesehen.

Herr Cosse fragt, ob darüber nachgedacht wurde, den Sonnenschutz als Photovoltaikanlage zu nutzen, da es hier große Fensterflächen gebe.

Frau Kurzinsky erklärt, dass man dies schon bei anderen aktuellen Projekten untersucht habe. Senkrechte Photovoltaikanlagen, die gleichzeitig als Sonnenschutz genutzt werden sollen, seien im Verhältnis zu einer Dachphotovoltaikanlage sehr teuer.

Herr Cosse bittet, dies in diesem Fall trotzdem zu prüfen.

Herr Brauer bittet um Mitteilung der Ergebnisse, was machbar sei bzw. was nicht.

Herr Wenker fragt, ob es eine Kostenaufschlüsselung zu den Baunebenkosten gebe. Wenn es diese Kostenaufschlüsselung gebe, bittet er, diese nachzureichen.

Herr Willems erklärt, dass es in Zukunft in Rheine eine vollkommen neue Schullandschaft geben werde. Aus diesem Grund werde die FDP-Fraktion gegen die jetzige Erweiterung der Euregio Gesamtschule stimmen.

Herr Cosse erklärt, dass der Raumbedarf an der Euregio Gesamtschule seit Jahren bestehe. Deshalb sei es notwendig, jetzt zu handeln. Die geplante Schulstrukturuntersuchung werde am jetzt bestehenden Raumbedarf nichts ändern. Er weist darauf hin, dass man langfristig 9 Unterrichtsräume benötige, um einen vernünftigen Unterricht bis zum Abitur durchführen zu können. Die SPD-Fraktion werde zustimmen, die jetzt vorgestellten 6 Klassenräume plus Lehrer- und Nebenräume zu bauen. Dies sei eine Größenordnung, die mindestens gebaut werden müsse, die aber nichts mit der zukünftig veränderten Schullandschaft zu tun habe.

Herr Siegler erklärt, dass man bedauert hätte, dass dieser Tagesordnungspunkt nicht mit dem Schulausschuss hätte zusammen beraten werden können. Auch die Fraktion AfR habe Probleme mit der Sichtweise gehabt, dass der heute bekannte Bedarf weiterbestehen werde. Die Verwaltung sei beauftragt worden, über das komplexe System der Sekundarschullandschaft und deren zukünftige Darstellung nachzudenken. Insofern hätte man sich gewünscht, die Entscheidung später zu treffen. Aus diesem Grund werde sich die Fraktion AfR bei der Abstimmung enthalten.

Herr Dr. Konietzko erklärt, dass er am Dienstag im Schulausschuss anwesend gewesen sei. Aus seiner Sicht haben die Argumente, die gegen den Bau der Klassen vorgebracht worden sei, nichts mit der noch zu entwickelnden neuen Schullandschaft zu tun. Er weist darauf hin, dass die geplanten Räume schon jetzt benötigt werden und deshalb auch schnell umgesetzt werden müssen. Dies sei unabhängig von der zukünftigen Schullandschaft zu sehen. Aus diesem Grund werde die CDU-Fraktion dem Beschluss zustimmen.

Herr Radau möchte wissen, wie das zeitliche Konzept aussehe.

Herr Dr. Terhechte erklärt, dass er von einem 1. Spatenstich im Herbst ausgehe, wenn der Beschluss für die Entwurfsplanung heute gefasst werde.

Herr Brauer lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen und dankt Herrn Dr. Terhechte für seine Ausführungen.

Anmerkung zum Protokoll:

*Die von Herrn Wenker angeforderte Kostenaufschlüsselung der Baunebenkosten ist der Niederschrift im **nichtöffentlichen Teil unter TOP 14** eingefügt worden.*

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt die vorgelegte Entwurfsplanung zur Erweiterung der Euregio-Gesamtschule zur Kenntnis.

Der Bauausschuss nimmt die vorgelegte Entwurfsplanung zur Erweiterung der Euregio-Gesamtschule zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, auf der Basis dieses Entwurfes die nächsten Leistungsphasen durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei
1 Gegenstimme und
2 Enthaltungen

6. Errichtung von Stellplatzanlagen für Wohnmobile Vorlage: 132/16

00:32:54

Herr Dr. Vennekötter erklärt kurz den Sachstand zur Vorlage in Bezug auf die verschiedenen Standorte.

Herr Berardis erklärt, dass der Antrag der SPD-Fraktion 10 Stellplätze für Wohnmobile vorgesehen habe. Trotzdem sei er froh, dass jetzt 6 bis 8 Stellplätze geplant seien. Er finde es sehr positiv, dass es noch weitere mögliche Standorte für Wohnmobilstellplätze gebe. Er hoffe, dass diese Stellplätze schnell verwirklicht werden können.

Herr Siegler erklärt, dass auch die Fraktion AfR alle 3 Standorte attraktiv finde. Für den Bereich Stadtpark erklärt er, dass sich die Fläche des Regenrückhaltebeckens auch in Verbindung mit dem geplanten Kombibad für eine Stellplatzfläche gut eignen würde. Er sehe die Parksituation in diesem Bereich als sehr kritisch an. Herr Siegler fragt, ob es im Bereich Bentlage nur um die kleine Fläche im Bereich des Bolzplatzes gehe.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass man mit der Planung hier erst am Anfang sei. Es seien noch Fragen z.B. mit dem FC Eintracht bezüglich des Pachtvertrages und was überhaupt an dieser Stelle möglich sei, zu klären. Hier müsse erst konkret geplant werden um sich endgültig festzulegen.

Herr Siegler möchte wissen, ob es Überlegungen bezüglich der Zuwegung über den Gertrudenweg gegeben habe.

Herr Dr. Vennekötter sagt zu, dies als eine Variante der Erschließung mitzunehmen.

Herr Martin Beckmann erklärt, dass der Standort am Kanu-Club für die Wohnmobilstellplätze aus seiner Sicht perfekt sei. Zum Standort Stadtpark regt er an, sich mit dem Stadtparkverein in Verbindung zu setzen. In der Fraktion habe es Überlegungen gegeben, den Emstorplatz für fehlende Parkplätze zu nutzen. Er erklärt, dass die Zuwegung für den Platz „Am Delsen“ schwierig werden könne,

da dann an den Wochenenden Wohnmobile, viele Fußgänger und Radfahrer unterwegs seien.

Frau Scheinig fragt an, wie viele Mehrkosten entstehen würden, wenn direkt 10 Stellplätze am Kanu-Club gebaut würden. Erfahrungsgemäß sei ein Nachrüsten immer teurer als der sofortige Bau.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass diese 6 Stellplätze erst einmal den vorläufigen Verhandlungsstatus mit dem Kanuclub darstellen würden. Laut Vorplanung gebe es an dieser Stelle Platz für 6 Wohnmobilstellplätze, was aber nicht heiße, dass es später auch ggf mehr Stellplätze werden könnten. Erst einmal müsse der Betreiber Erfahrungswerte mit dieser Anlage sammeln. Er glaubt nicht, dass der Spareffekt von 6 oder 10 Stellplätzen so gravierend sei, dass man das Risiko jetzt eingehen sollte, 10 Stellplätze zu bauen.

Frau Scheinig erklärt, dass sie dies nicht als Risiko sehe. Sie erklärt, dass im Vergleich zu Steinfurt, wo 10 Stellplätze vorhanden und ausgelastet seien, die Stadt Rheine attraktiver sei und man so aus ihrer Sicht kein Risiko eingehen würde. Deshalb glaubt sie, dass durchaus 10 Stellplätze vermarktet werden könnten.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass dies eine Frage des Vereins sei, der dies für sich klären müsse.

Herr Cosse erklärt, dass auch er mindestens 10 Stellplätze an dieser Stelle sehe, gerade wenn man einmal andere Städte betrachte, da dies der derzeitige Trend sei. Er sei dafür, mindestens 8 Wohnmobilstellplätze an dieser Stelle zu schaffen. Außerdem möchte er wissen, ob die Zuwegung auch für 10 bis 12 Plätze ausreichen werde.

Herr Dr. Vennekötter geht davon aus, dass die Zuwegung für die Anzahl ausreiche. Bei wesentlich mehr Plätzen würde man sicherlich an die Grenzen einer verkehrlichen Erschließung kommen.

Herr Siegler erklärt, dass in der Vorlag von einer größeren Anzahl von Stellplätzen die Rede gewesen sei. Er möchte wissen, wie viele Plätze eine größere Anzahl seien.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass die Verwaltung diese Maßnahme als einen Anfang sehe. Man habe damit das Ziel nicht erreicht, sondern es soll an anderen Standorten weitere Plätze geben. Die Zielgröße müsste letztendlich eine politische Vorgabe sein.

Herr Brauer erklärt, dass er sich Sorgen mache, da der Beschluss heute noch nicht endgültig gefasst werde. Er findet es wichtig, dem Verein schon jetzt ein Signal zu geben, dass in 2016 die Mittel bereitstünden und somit auch mit der Maßnahme begonnen werden könne. Aufgrund dessen möchte er den Punkt 1.3 der Beschlussfassung insofern ändern, dass Haushaltsmittel, die in 2016 nicht benötigt würden, dieser Maßnahme zuzuführen. Sollte dies nicht gelingen, müssten die Mittel im Rahmen der Fachausschussberatungen zum Haushaltsplan 2017 eingeplant werden.

Herr Dr. Vennekötter weist darauf hin, dass die Finanzierung der Maßnahme eine freiwillige Leistung sei und Herr Krümpel als Kämmerer mit solchen Zahlungen sehr zurückhaltend sein müsse.

Herr Brauer beantragt den Beschlussvorschlag wie folgt zu ändern. Diesem Vorschlag wird nicht widersprochen.

1.3 Vorbehaltlich der Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel soll dem Verein zur Unterstützung des Vorhabens ein einmaliger Zuschuss in Höhe von 23.800,00 Euro gewährt werden. Die Finanzierung soll durch die Inanspruchnahme außerplanmäßiger Mittel im Rahmen des Haushalts 2016 aus Mitteln des Fachbereiches 5 erfolgen. Falls die Finanzierung hierdurch nicht möglich ist, soll die Bereitstellung der Haushaltsmittel im Rahmen der Fachausschussberatung zum Haushaltsplan 2017 entschieden werden.

Geänderter Beschluss:

- 1.1 Der Bauausschuss nimmt die Ausführungen zur Errichtung einer Wohnmobilstellplatzanlage auf dem **Gelände des Kanu Club Rheine 1950 e.V.** zur Kenntnis.
- 1.2 Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung, die seitens der Stadt Rheine notwendigen liegenschaftlichen Verhandlungen zur Umsetzung des geplanten Vorhabens auf dem Gelände des Kanu Club Rheine 1950 e.V. aufzunehmen bzw. fortzusetzen.
- 1.3 Vorbehaltlich der Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel soll dem Verein zur Unterstützung des Vorhabens ein einmaliger Zuschuss in Höhe von 23.800,00 Euro gewährt werden. Die Finanzierung soll durch die Inanspruchnahme außerplanmäßiger Mittel im Rahmen des Haushalts 2016 aus Mitteln des Fachbereiches 5 erfolgen. Falls die Finanzierung hierdurch nicht möglich ist, soll die Bereitstellung der Haushaltsmittel im Rahmen der Fachausschussberatung zum Haushaltsplan 2017 entschieden werden.
- 2 Der Bauausschuss beauftragt die Verwaltung, den potentiellen Wohnmobilstellplatz im **Bereich Bentlage** weiterhin auf seine Realisierbarkeit hin zu prüfen und den Ausschuss über die Ergebnisse zu informieren.

Abstimmungsergebnis: geändert einstimmig
Beschlossen

7. Sanierung von Wirtschaftswegen Vorlage: 131/16

00:51:12

Herr Martin Beckmann erklärt, dass er es positiv finde, dass die Straße „Am Moosgraben“ mit in das Programm aufgenommen worden sei und eine neue Fahrbahndecke bekomme. Leider habe dies aber auch zur Folge, dass die Pkw

dann schneller fahren würden. Deshalb möchte die CDU-Fraktion anregen, gerade im Kurvenbereich eine Verkehrsberuhigung anzubringen.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass die Straße „Am Moosgraben“ aus der Straßenplanung herausgenommen und in die Sanierung der Wirtschaftswege aufgenommen worden sei, wobei eine sanierte Straße auch dazu verleite, schneller zu fahren. Er teilt mit, dass es eine Messung gegeben habe, die als Ergebnis gehabt hätte, dass dort im Schnitt 43 km/h gefahren worden sei. Spitzenwerte habe es nachts und in den Morgenstunden bis zu 70 km/h gegeben, wobei insgesamt nur 273 Pkw in 24 Stunden gemessen worden seien. Er werde die Anregung einer Verkehrsberuhigung mitnehmen und versuchen, die Kurve mit einfachen Mitteln zu entschärfen, damit eine Geschwindigkeitsreduzierung erreicht werde.

Herr Wenker erklärt, dass die Messung bei Haus Nr. 61 in Höhe der Reihenhausbebauung stattgefunden hätten. Er erklärt, dass nach den Daten 85 % der Pkw 46 km/h nicht überschritten haben. Fakt sei aber auch, dass jeder zweite Pkw schneller als 30 km/h gefahren sei. Nicht gemessen wurde allerdings im Kurvenbereich direkt am Wirtschaftsweg, wo man die Besonderheit einer Zufahrt zu einer Bushaltestelle habe. Ein gutes Beispiel für eine Verkehrsberuhigung sieht Herr Wenker auf der Bürgerstraße, die südlich des Frischhofsbachs zwischen Hauenhorst und Mesum liege, wo es 3 Aufpflasterungen mit entsprechender Einengung gebe. Genau so eine Maßnahme wünsche sich die CDU-Fraktion auch in Altenrheine.

Dr. Vennekötter erklärt, dass er diese Anregung mitnehmen werde.

Herr Kahle weist darauf hin, dass man die Baumaßnahme mit Schützen- und Landjugendfesten bzw. Reitveranstaltungen abstimmen müsse, da diese auf den angrenzenden Wiesen stattfinden würden.

Herr Berardis fragt an, ob die Maßnahme Position 10 „Schwarzer Weg“ von 2017 nach 2016 vorgezogen werden könne.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass die TBR nur 160.000,00 Euro für die Sanierung der Wirtschaftswege jährlich zur Verfügung habe. Wenn man eine Maßnahme vorziehen würde, müsste eine andere auf später verschoben werden. Da man ohnehin nicht mit diesem Budget das gesamte Wirtschaftswegenetz, auch nicht über Jahre, auf einen akzeptablen Unterhaltungsstand bringen könne, habe man überlegt, dass es noch eine andere Finanzierungsform geben müsse. Er erklärt, dass man diesbezüglich mit den Bauerschaftsverbänden in Verbindung stehe, um eine weitere Möglichkeit zu suchen.

Herr Radau erklärt, dass für den Abschnitt Hollerbusk bis Haselweg an der Straße „Am Moosgraben“ noch Sanierungsmöglichkeiten untersucht werden. Er weist darauf hin, dass es für die Anwohner gerade in Höhe Haus Nr. 61 eine doppelte Belastung sei, wenn dieser Abschnitt nicht gleich mit saniert würde.

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

8. Erneuerung der Beleuchtung (53014-545) - Verschiedene Straßen
Vorlage: 120/16

00:58:30

Herr Dr. Vennekötter weist daraufhin, dass der Beschlussvorschlag geändert werden müsse. Der Beschlussvorschlag müsse „unter 1 bis 11 vorgeschlagenen Projekten“ heißen.

Herr Brauer lässt über den geänderten Beschluss abstimmen.

Geänderter Beschluss:

Der Bauausschuss beschließt die Erneuerung der Straßenbeleuchtung für die unter 1) bis 11) genannten Projekte einschließlich der Ausführungsbeschreibung.

- 1) Akazienstraßen und Nebenstraßen (53014-5701)
- 2) Eichenstraße (53014-5702)
- 3) Erlenstraße und Nebenstraßen (53014-5703)
- 4) Glockenweg (53014-5704)
- 5) Overbergstraße von Ludgeristraße bis Konrad-Adenauer-Ring (53014-5705)
- 6) Rebhuhnweg (53014-5706)
- 7) Weidenstraße (53014-5707)
- 8) Mergelstraße (53014-5708)
- 9) Im Lütkefeld (53014-5709)
- 10) Taucherweg (53014-5710)
- 11) Steinfurter Straße 39-69 (53014-5711)

Abstimmungsergebnis: geändert einstimmig
Beschlossen

9. Ausbau der Hakenbreite von Nielandstraße bis Norgerweg (53014-3710)
I. Abwägung und Abwägungsbeschluss zu den Eingaben der Anlieger
II. Festlegung der Herstellungsmerkmale
III. Satzung über die Herstellungsmerkmale
Vorlage: 130/16

00:59:12

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass im Rahmen der Offenlage viele Verschiebungswünsche von Grünbeeten diskutiert worden seien. Hierfür habe es einen umfangreichen Abstimmungsprozess gegeben, wobei das Ergebnis jetzt zur Abstimmung vorliege.

Beschluss:

Zu I: Abwägung und Abwägungsbeschluss zu den eingegangenen Anregungen und Bedenken

Der Bauausschuss beschließt die unter Ziffer I Vorlagenbegründung aufgeführten Abwägungen.

Beschlussvorschläge siehe Begründung

Zu II: Festlegung der Herstellungsmerkmale

Der Bauausschuss beschließt nachfolgende Herstellungsmerkmale für den Ausbau der Hakenbreite von Nielandstraße bis Norgerweg:

Hakenbreite von Nielandstraße bis Norgerweg (verkehrsberuhigter Bereich)

Es ist ein Ausbau als verkehrsberuhigter Bereich vorgesehen.

a) Befahrbarer Bereich:

Pflasterung eines niveaugleichen verkehrsberuhigten Bereiches innerhalb der vorgegebenen Straßenparzelle, bestehend aus einer 5,50m bis 6,00 m breiten Mischfläche aus grauem bzw. rotem Betonrechteckpflaster, d= 8 cm, mit Unterbau.

b) Begrünung:

Anlegung von 1,50 m breiten Grünbeeten mit Unterpflanzung zur Verschwenkung der Mischfläche.

c) Entwässerung:

Straßenentwässerung mittels Straßenabläufen in 30 cm breiten Entwässerungsrinnen mit Anschluss an die vorh. Kanalisation

d) Straßenbeleuchtung:

Betriebsfertige elektrische Straßenbeleuchtung mit einer Lichtpunkthöhe von 4,50 m

Beschluss des Rates:

Zu III: Satzung über die Herstellungsmerkmale

Der Rat der Stadt Rheine beschließt auf Empfehlung des Bauausschusses den Entwurf der Satzung über die Herstellungsmerkmale für den Ausbau der Straße Hakenbreite von Nielandstraße bis Norgerweg im Geltungsbereich der Bebauungspläne Nr. 286-I, Kennwort: "Mesum – Nord I" und Nr. 191, Kennwort: „Dannenkamp“.

S a t z u n g
über die Herstellungsmerkmale für den Aus-
bau der Hakenbreite von Nielandstraße bis
Norgerweg
der Stadt Rheine
vom _____

Gem. § 7 Abs. 1 und 41 Abs. 1 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV.NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Juni 2015 (GV.NRW S.496), hat der Rat der Stadt Rheine durch Beschluss vom _____ folgende Satzung über die Herstellungsmerkmale für den Ausbau der Hakenbreite von Nielandstraße bis Norgerweg im Geltungsbereich der Bebauungspläne Nr. 286-I, Kennwort: "Mesum – Nord I" und Nr. 191, Kennwort „Dannenkamp“ erlassen.

Die o. g. Straße ist abweichend von § 9 Abs. 1 der Satzung der Stadt Rheine über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen vom 22. Dezember 1975 in der z. Z. geltenden Fassung endgültig hergestellt, wenn Grunderwerb und Freilegung abgeschlossen sind und sie folgende Teileinrichtungen und Herstellungsmerkmale aufweist:

Hakenbreite von Nielandstraße bis Norgerweg (verkehrsberuhigter Bereich)

Ausbau im Mischprinzip mit folgenden Teileinrichtungen:

1. Mischfläche, bestehend aus
 - a) niveaugleicher Fahr- und Gehwegfläche mit Unterbau und einer Decke aus grauem bzw. rotem Betonsteinpflaster
 - b) Verkehrsgrün, bestehend aus Grünbeeten mit Unterpflanzung
2. Straßenentwässerung mit Anschluss an die Kanalisation
3. betriebsfertige elektrische Straßenbeleuchtung

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)

01:00:30

Herr Gerhard Feltel, Norgerweg 39 b (Ecke Hakenbreite), Rheine-Mesum (im Auftrag des Sohnes)

Herr Feltel erklärt, dass sein Sohn einen Antrag gestellt habe, die Straßenverengung mit Laterne vor seiner Haustür an der Giebelseite Hakenbreite zu entfernen, da er am Norgerweg schon eine Verkehrsberuhigung mit einer großen Eiche habe. Jetzt werde er sogar zwei Verkehrsberuhigungen (Verschmutzungsecken) um sein Haus haben. Sein Sohn habe den Antrag gestellt, die Verkehrsberuhigung an der Hakenbreite zu verschieben. Er fragt, warum die Situation nicht verändert werden könne.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass die Eingabe im Rahmen der Abwägungen eingeflossen und das Bauprogramm im Tagesordnungspunkt 9 so beschlossen worden sei. Sein Sohn werde eine Benachrichtigung über das Abwägungsergebnis erhalten.

11. Anfragen und Anregungen

01:03:15

11.1. Radverkehr Konrad-Adenauer-Ring/Salzbergener Straße

Herr Siegler erklärt, dass es ihm um den Einmündungsbereich Konrad-Adenauer-Ring/Salzbergener Straße gehe. Hier fahren die Radfahrer, die von der Bodelschwinghbrücke bzw. aus Richtung Droste-Hülshoff-Straße kommen und weiter in Richtung Innenstadt wollen, nicht unbedingt auf der Salzbergener Straße. Sie nutzen oft den Weg an der Ems oder hinter dem alten Friedhof. Er möchte wissen, ob für diese Verkehrsteilnehmergruppe der Radweg für 20 m auch entgegen der Fahrtrichtung freigegeben werden könne, damit die Radfahrer direkt in den Bentlager Weg einbiegen können.

Herr Brauer ergänzt, dass die vom Konrad-Adenauer-Ring kommenden und in Richtung Innenstadt fahrenden Radfahrer 20 m entgegengesetzt zur Fahrtrichtung auf dem Radweg fahren würden, um in den Bentlager Weg einzubiegen. Zum jetzigen Zeitpunkt müssen diese Radfahrer die Ampelanlage komplett umfahren, um dann in den Bentlager Weg einbiegen zu können.

Herr Dr. Vennekötter werde diese Anfrage an den Arbeitskreis Verkehr weiterleiten.

11.2. Sachstand -Antrag der Fraktion BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN - Naturdenkmäler

Herr Radau fragt an, wie der Sachstand zur Anfrage bezüglich der Naturdenkmäler sei, die im letzten Jahr von der Fraktion gestellt worden sei.

Herr Dr. Vennekötter nimmt die Frage zur Beantwortung mit.

11.3. Sachstand Feuerwehr rechts der Ems

Herr Martin Beckmann bittet um eine aktuelle Information zum Sachstand Feuerwehr rechts der Ems.

Herr Dr. Vennekötter sagt eine Information zur nächsten Sitzung zu.

11.4. Hochwasserschutzmauer an der Ems

Herr Berardis möchte wissen, wann an der Hochwasserschutzmauer weitergearbeitet werde.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass jetzt wieder weitergearbeitet werden könne. Die Arbeiten mussten unterbrochen werden, da aufgrund zu hoher Grundwasserstände ein weiterarbeiten nicht möglich war.

Herr Forstmann erklärt, dass durch das Hochwasser die Baugrube noch nass sei. Man sei am tiefsten Punkt angefangen, da der ungünstigste Punkt der Hochwasserschutzmauer als Erstes fertig sein sollte. Da die Baugrube in der Zwischenzeit trocken sei, können die Arbeiten in Kürze wieder aufgenommen werden.

11.5. Plakatierung auf dem Kardinal-Galen-Ring

Herr Cosse teilt mit, dass er der Meinung sei, immer mehr Schilder würden auf dem mittleren Gang des Kardinal-von-Galen-Ringes angebracht. Er bittet zu überprüfen, ob es eine zahlenmäßige Begrenzung für Plakate und Schilder gebe und diese Menge an Schildern so gewollt sei.

Herr Dr. Vennekötter nimmt die Sachlage zur Prüfung mit.

11.6. Müllabfuhr Biotonnen

Herr Dr. Konietzko möchte wissen, was aus den 250 nicht abgefahrenen Biotonnen geworden sei, die aufgrund falscher Befüllung stehen geblieben seien.

Herr Lucas teilt mit, dass die TBR nicht überrascht über die ca. 1/3 mit Plastik verunreinigten Biotonnen gewesen sei. Anlass der Überprüfung sei gewesen, dass der Kreis Steinfurt als Entsorgungsträger bei der Überprüfung des Biomülls Anfang des Jahres eine schlechte Qualität festgestellt habe. Für den Biomüll habe die Stadt Rheine die Note 5 erhalten. Er erklärt, dass dies zur Folge habe, dass diese Chargen nur noch als Restmüll abgefahren und abgerechnet werden kön-

nen und somit den dreifachen Preis kosten würden. Aus diesem Grund sei man genötigt gewesen, die Biomülltonnen zu überprüfen, was auch pressemäßig bekannt gemacht wurde. Man erhoffe sich von den Kontrollen, dass die Bürger sensibler werden und sich dadurch die Qualität des Biomülls verbessern lasse.

Weiter erklärt Herr Lucas, dass die Wohnungsbaugesellschaften im Geschosswohnungsbau hiermit ein sehr großes Problem hätten, was ihm von verschiedenen Gesellschaften bestätigt worden sei. Wahrscheinlich müsse man in diesen Bereichen dazu übergehen, die Biomülltonnen gegen Restmülltonnen mit zusätzlicher Berechnung auszutauschen. Wenn man die Biomülltonnen nicht bereinigt bekomme, würde für die Stadt Rheine eine Kostenerhöhung von 750.000,00 Euro in der Müllentsorgung entstehen.

Bezüglich der Frage von Herrn Dr. Konietzko müssen die 250 stehen gebliebenen Tonnen von den Anliegern entweder nachsortiert, oder in einem gekauften Müllsack beim Bauhof dem Restmüll zugeführt werden. Man habe keine Kapazitäten frei, den Müll nachträglich abzufahren.

Herr Brauer erklärt, dass auch er die Problematik bei den Mehrfamilienhäusern sehe. In so einem Fall müsse dann die Biotonne gegen eine teure Restmülltonne ersetzt werden, wobei dann der Vermieter die Mehrkosten auf die Mieter umlegen könne. Familien, die in einem Mehrfamilienhaus ihren Biomüll vernünftig sortieren, werden natürlich bei so einer Regelung benachteiligt.

Herr Lucas erklärt, dass die Wohnungsgesellschaften das Problem sehen, aber nicht wissen, wie sie das Problem in den Griff bekommen können.

Er erklärt, dass zur Lösung des Problems eine Satzungsänderung nötig sei, die am 02.06.2016 beschlossen werden soll.

11.7. Umstellung der Lichtsignalanlagen auf dem Ring

Herr Lenz regt an, die Information über die Lichtsignalanlagen noch einmal für die Presse aufzuarbeiten und den Bürgern zur Verfügung zu stellen, damit auch diese vernünftig informiert seien. Fragen bezüglich Fahrrad- und Bettelampeln könnten somit gleichzeitig geklärt werden, da es für den Bürger immer wieder zu Irritationen komme.

Herr Lucas erklärt, dass man dies sicher machen könne. Er teilt mit, dass man auch in Stadtteilbeiräten und dort, wo das Thema angesprochen werde, unterwegs gewesen sei, um das Konzept zu erklären. Leider sei heutzutage die Zeitung nicht mehr das Medium, was die Mehrheit der Bürger erreiche. Hierfür müsse man andere Wege suchen, um dies zu verbreiten.

Zum Thema „Bettelampeln“ erklärt Herr Lucas, dass die noch Vorhandenen von den Kollegen der TBR nach und nach auf ihre Notwendigkeit überprüft werden. Er erklärt, dass nicht nur die Taster umgerüstet werden müssten, sondern auch Rechner veraltet seien und somit weitere teure Maßnahmen nötig seien. Man werde prüfen, wo eine Umstellung in kleinen Schritten umgesetzt werden könne, da eine komplette Umstellung zu kostenintensiv sei.

Herr Brauer möchte wissen, welche Leuchtmittel in die Radfahrerampeln eingebaut worden seien.

Herr Roling erklärt, dass da, wo neue Steuergeräte installiert worden seien, LED-Leuchten genutzt würden. In Altbeständen sei die vorhandene Technik verwendet worden.

Herr Brauer fragt, ob es richtig sei, dass die neu installierten Radfahrerampeln mit alten Leuchtmittel ausgerüstet worden seien. Diese bräuchten im Gegensatz zur LED-Ausstattung wesentlich mehr Strom. Ihm sei aufgefallen, dass einige Lampen für Radfahrer relativ heiß seien, wenn man sich als Radfahrer daran festhalten würde. Seiner Meinung nach verursache man durch die Umrüstung der Ampeln wesentlich mehr Strom, weil man doppelt so viele Radfahrerampeln habe als vorher. Er möchte wissen, an wie vielen Ampeln alte Leuchtmittel verwendet würden und wie viele mit LED-Leuchten ausgerüstet worden seien. Herr Brauer sei davon ausgegangen, dass wenn die Lichtsignalanlagen auf dem Kardinal-Galen-Ring modernisiert werden, diese auch auf LED-Leuchten umgerüstet werden.

Herr Roling erklärt, dass, wenn komplett und nicht nur bei der Radfahrerampel mit LED-Leuchten gearbeitet werden soll, dies nur mit einem großen Kostenaufwand umgerüstet werden könne. Die Beantwortung der Frage, wie viele Ampeln mit LED-Leuchten und wie viele mit herkömmlichen Leuchtmitteln ausgerüstet seien, werde er nachreichen.

Karl-Heinz Brauer
Ausschussvorsitzender

Andrea Mischok
Schriftführerin